

Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig

17.08.2011

Freie Wähler: Hessische Landesregierung ordnet Ausbluten der Städte und Gemeinden an

Der Kreisverband der Freien Wähler Main-Kinzig zeigt sich besorgt über die weiterhin äußerst angespannte Haushaltssituation der Städte und Gemeinden. Auch viele Hessische Landkreise seien hoffnungslos überschuldet und könnten die Finanzmisere aus eigener Kraft schon lange nicht mehr lösen. Hier und da mögen auch kostenträchtige, überzogene Projekte verantwortlich sein, der weitaus größere Teil der Schulden resultiere jedoch aus der Erledigung von Aufgaben, die den Kreisen und Kommunen von der Landesregierung zugewiesen würden – ohne dass ihnen dafür die entsprechende Finanzausstattung zuteil werden würde.

„Anstatt das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip - wer bestellt bezahlt - endlich auch im politischen Alltag umzusetzen, versucht die schwarz-gelbe Landesregierung die sich häufenden Schulden der Landkreise, hervorgerufen durch die verfehlte Landesfinanzpolitik, von den Städten und Gemeinden bezahlen zu lassen“, so der stellvertretende Kreisvorsitzende Carsten Kauck. So und nicht anders ist nach Meinung der Freien Wähler Main-Kinzig der Plan des Hessischen Innenministeriums zu verstehen, wonach bereits in dieser Woche im Landtag § 53 der Hessischen Kreisordnung (HKO) geändert werden soll. So solle der seither geltende Gesetzestext dahingehend erweitert werden, dass bei den Landkreisen bestehende Fehlbeträge aus den Vorjahren durch die Städte und Gemeinden auszugleichen sind. Die vorgesehene Änderung des § 53 wird nach Meinung der Freien Wähler unweigerlich dazu führen, dass die seither festgelegte maximale Höhe der Umlageverpflichtung von 58 % (Summe der Kreis- und Schulumlage) weiter angehoben werden muss. „Den Kreiskämmerern und Kreistagen, denen die eigene Kasse wichtiger ist als die ihrer Gemeinden, verschafft der Gesetzgeber die gesetzlich normierte Ausrede, es ja gar nicht anders zu dürfen als die Defizite mit einer Umlageerhöhung auszugleichen und auf die Kassen ihrer Gemeinden zuzugreifen“, so der FW-Kreisvorsitzende Heinz Breitenbach. Die Freien Wähler Main-Kinzig kritisieren den vorhersehbaren, deutlichen Anstieg der finanziellen Belastung der kreisangehörigen Gemeinden und appellieren an die Landtagsabgeordneten im Main-Kinzig-Kreis, der vorgesehenen Änderung nicht zuzustimmen. Bereits in der jetzigen Höhe schnüre die Kreis- und Schulumlage den Städten und Gemeinden die Luft ab und es sei nicht hinnehmbar, dass die Hessische Landesregierung die Verantwortung für ihre Schuldenpolitik auf die Kommunen ablädt. Den kreisangehörigen Städte und Gemeinden bleibe dann oft nichts anderes übrig, als die Leistungen vor Ort weiter einzuschränken oder Steuern, Beiträge und Gebühren weiter anzuheben. „Bei der Diskussion über die Einführung der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung haben sich die Freien Wähler Main-Kinzig immer wieder gefragt, wer denn wohl die aufgelaufenen Altschulden bezahlen soll. Mit Vorlage des Änderungstextes für den § 53 HKO ist diese Frage beantwortet“, so der FW-Kreisvorsitzende Heinz Breitenbach abschließend.